

# Dez. 4 Bau, Verkehr und Umwelt

## Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0208/26

### Titel der Drucksache

Versprechen halten, Mitte-Deutschland-Verbindung durchgängig zweigleisig ausbauen und elektrifizieren

### Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

### Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? Ja.
- Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? Ja.
- Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? Ja.

### Stellungnahme

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gemeinsam mit den anderen Oberbürgermeistern, der betroffenen Städte an der Städtekette, bei Bundesregierung und Bundesverkehrsministerium öffentlich für den schnellstmöglichen Baustart des versprochenen Ausbaus mit durchgängiger Zweigleisigkeit und Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung einzusetzen.**

Das Anliegen wird aus verkehrspolitischer Sicht grundsätzlich befürwortet. Die MDV ist eine zentrale Ost-West-Achse für den Personen- und Güterverkehr. Sie verbindet Thüringen mit Hessen und Sachsen und hat somit auch für die Landeshauptstadt eine wichtige verkehrsgeografische und wirtschaftliche Bedeutung. Unter der Voraussetzung, dass die Finanzierungsvereinbarung 2026 steht, was bis jetzt noch nicht gesichert ist, soll laut der Deutschen Bahn der Bau 2028 beginnen. Der erste Abschnitt Weimar-Jena-Göschwitz könnte Ende 2029 elektrisch in Betrieb gehen, die gesamte Strecke bis Gößnitz Ende 2032, so die Deutsche Bahn. Gebaut wird von West nach Ost. Der Einsatz für einen schnelleren Baustart ist vordergründig eine Aufgabe der Landes- und Bundespolitik.

So erscheint es zielführend, dass die Stadtratsfraktionen auf die gewählten Vertreter im Landes- und Bundeparlament im Sinne einer Beschleunigung des Baustarts Einfluss nehmen. Im beschlossenen aktuellen Nahverkehrsplan Thüringen 2023-2027 ist das Hinwirken auf einen beschleunigten zweigleisigen Ausbau mit Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung als ein wesentliches Ziel festgeschrieben.

Der Oberbürgermeister kann nach Absprache mit den Oberbürgermeistern der direkt betroffenen Städte in einem geeigneten Format unterstützend auf die berechtigten Forderungen bei der Landes- und Bundespolitik hinwirken.

### Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

### Anlagenverzeichnis

gez. Bärwolff

Unterschrift Beigeordneter 04

10.02.2026

Datum